



Auszug aus dem Beschlussprotokoll

33. Ratssitzung vom 21. Dezember 2022

1182. 2022/611

Beschlussantrag der SP-, Grüne-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion vom 30.11.2022: Resolution betreffend Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen im Iran und Ergreifung von Massnahmen durch den Bundesrat

Severin Meier (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 1051/2022).

Susanne Brunner (SVP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 68 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

«Die Stadt Zürich verurteilt die Menschenrechtsverletzungen im Iran aufs Schärfste und ruft die Schweizer Landesregierung dazu auf, Massnahmen dagegen zu ergreifen. Deshalb fordert die Stadt Zürich den Schweizer Bundesrat auf:

- Die aufgrund der Menschenrechtsverletzungen im Iran von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Mitglieder des iranischen Regimes vollständig zu übernehmen;
- Sich im UNO-Menschenrechtsrat für die Umsetzung des internationalen Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismus einzusetzen, um die systematische Straflosigkeit im Iran anzugehen;
- Massnahmen zu ergreifen, um die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen.»

Mitteilung an den Stadtrat und an den Bundesrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat